

DIE LINKE, Sachsen, Kleiststr. 10 A, 01129 Dresden

Verbraucherzentrale Sachsen e.V.
Geschäftsführer
Herr Joachim Betz
Katharinenstraße 17
04109 Leipzig

Landesgeschäftsstelle

Landesvorstand Sachsen
Kleiststr. 10 a
01129 Dresden

Telefon 0351 – 85 32 721
Telefax 0351 – 85 32 720

kontakt@dielinke-sachsen.de
www.dielinke-sachsen.de

Dresdner Volksbank
Raiffeisenbank e.G
Konto-Nr. 271 990 100 2
BLZ 850 900 00
IBAN: DE75850900002719901002
BIC: GENODEF1DRS

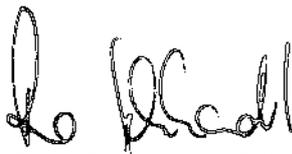
auch Spendenkonto

Dresden, den 6. Mai 2014

Sehr geehrter Herr Betz,

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 24. April 2014 sende ich Ihnen anliegend die Antworten der LINKEN auf die Wahlprüfsteine der Verbraucherzentrale Sachsen.

Mit freundlichen Grüßen



Rico Gebhardt, MdL
Landesvorsitzender

1 Anlage



Verbraucherschutz-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2014

Breitbandausbau/LTE

Theorie: Ein funktionierender Internetanschluss ist Teil der Lebensgrundlage (BGH vom 24.01.2013, Az. III ZR 98/12).

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sieht vor, dass es bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s gibt.

Breitbandatlas 2013 der Bundesregierung: alle Übertragungstechnologien (leitungsgebundenes Internet und Mobilfunk-Internet) zusammengerechnet können 99,6 % der Sachsen mit einer Internetverbindung von mindestens 2 Mbit/s versorgen.

Praxis: Die angegebenen Geschwindigkeiten sind die maximale Durchleitungsrate – also sozusagen unter Laborbedingungen.

Die 99,6%ige Versorgung mit mindestens 2 Mbit/s ist nichts anderes als eine gut klingende Zahl, die über die Realität hinwegtäuscht, da tatsächlich viele derjenigen, die 2 Mbit/s oder weniger empfangen, Internet noch über die Telefonleitung mittels Modem bekommen. Internet kann aber mit einer Geschwindigkeit von 2 Mbit/s nicht zeitgemäß genutzt werden und kann daher nicht mehr als Breitband angesehen werden.

Je weiter sich der Abnehmer von der letzten Verteilstation entfernt befindet, umso geringer wird die Downloadgeschwindigkeit. Die Zahl der Nutzer dieser so genannten „Letzten Meile“ verringert zusätzlich die Downloadgeschwindigkeit. Das gilt auch dort, wo leitungsgebundenes Breitband mittels LTE-Technologie ersetzt werden soll/muss.

Alle Breitbandnutzer müssen mit bereits eingeführter oder geplanter Drosselung der Downloadgeschwindigkeiten rechnen, wenn Nutzer bestimmte Mengen von Datenvolumen verbraucht haben.

Positionen:

1. Die Breitbandversorgung in Sachsen muss zügig und orientiert an modernsten technischen Standards weiter ausgebaut werden.
 - Ich stimme zu (X)
 - Ich stimme nicht zu ()
 - Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

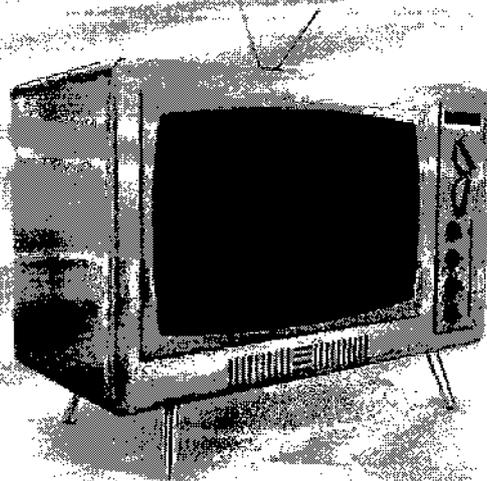
2. Für den Breitbandausbau ist eine Zusammenarbeit von privaten Investoren und öffentlicher Hand durch finanzielle Förderung und/oder faktische Unterstützung des Freistaates Sachsen notwendig, nachdem sich die Bundesregierung aus der finanziellen Förderung des Breitbandausbaus zurückgezogen hat.
 - Ich stimme zu (X)
 - Ich stimme nicht zu ()
 - Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

3. Dabei dürfen Regionen, in denen der Breitbandausbau marktwirtschaftlich nicht attraktiv oder mit erhöhtem Aufwand verbunden ist, nicht abgehängt werden oder lediglich mit weniger Leistung und/oder zu erheblich höheren Kosten für die Nutzer versorgt werden.
 - Ich stimme zu (X)
 - Ich stimme nicht zu ()
 - Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

DVB-T

Praxis: 76.000 sächsische TV-Haushalte empfangen mit dem Erst- oder Zweitgerät digitales Antennenfernsehen (DVB-T) (Quelle: Digitalisierungsbericht) 2013)

DVB-T ist im Hinblick auf die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ein Übertragungsweg, der ohne Anmeldung, ohne Vertrag und ohne Kosten für Verbraucher zur Verfügung steht.



Theorie: Die Digitale Dividende II könnte zugunsten weiterer Mobilfunkfrequenzen zum Wegfall von langwelligen Frequenzen aus dem 700-MHz-Band führen, die bislang für Fernsehen und Hörfunk genutzt werden.

Die Zukunft des digitalen Verbreitungsweges (DVB-T) kann damit gefährdet sein.

Entscheidungen sollten hier nur unter Berücksichtigung und Anhörung aller Beteiligten getroffen werden.

Position:

1. Die Zukunft des digitalen Antennenfernsehens sollte gesichert werden.
 - Ich stimme zu
 - Ich stimme nicht zu ()
 - Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

Gremienmitgliedschaft

Praxis: Jeder Sachse ist Verbraucher. Fast jeder Sachse schaut Fernsehen oder hört Radio.

In den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Mitteldeutschland und des privaten Rundfunks in Sachsen sind die Interessen der Verbraucher als relevante gesellschaftliche Gruppe nicht vertreten.

Theorie: Um der Verbraucherzentrale die Möglichkeit zu geben, ebenfalls als Mitglied der Versammlung der SLM gemeinsam mit anderen gesellschaftlich relevanten Akteuren durch Aufsicht und Bewertung der veranstalteten Programme Einfluss auf die Qualität des Rundfunks zu nehmen, müsste § 29 Abs. 1 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes geändert werden.

Eine Gremienmitgliedschaft und damit die Möglichkeit im Interesse der Verbraucher Einfluss z. B. auf die Richtlinien der Programmgestaltung des MDR zu haben, setzt eine Bestimmung als eine von vier weiteren gesellschaftlich relevanten Organisationen oder Gruppen durch den Sächsischen Landtag voraus.

Positionen:

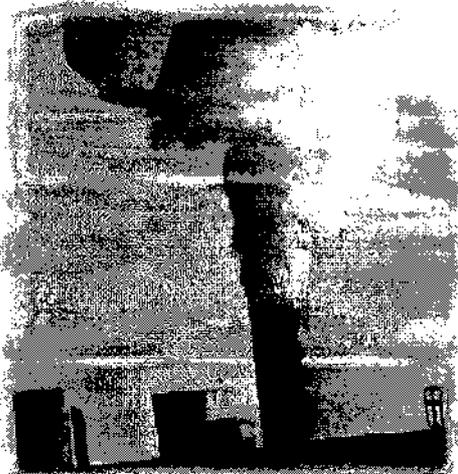
1. Die Verbraucherinteressen sollten durch die Verbraucherzentrale Sachsen in der Versammlung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien vertreten sein.
 - Ich stimme zu
 - Ich stimme nicht zu ()
 - Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

2. Die Verbraucherinteressen sollten durch die Wahl der Verbraucherzentrale Sachsen in den Rundfunkrat des MDR durch den Sächsischen Landtag in Zukunft besser vertreten werden.
 - Ich stimme zu
 - Ich stimme nicht zu ()
 - Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

Energie/Klimaschutz

Theorie: Zum Schutz des Klimas soll der Ausstoß von schädlichem CO₂ nach Plänen der Bundesregierung bis 2020 gegenüber 1990 um 40 % gesenkt werden.

Praxis: Die klimaschädliche Stromerzeugung aus Braunkohle hat 2013 fast wieder den Rekord-Stand von 1990 erreicht. Maßgeblich tragen dazu auch der sächsische Braunkohleabbau und die sächsischen Braunkohlekraftwerke bei. Durch das Überangebot an Emissions-Zertifikaten und den daraus resultierenden niedrigen Preisen entfalten diese keine Lenkungswirkung mehr hin zu besserem Klimaschutz.



Positionen:

1. Die Sächsische Staatsregierung muss die Aufgabe übernehmen, Sachsen auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzustellen, indem ein verbindlicher Ausstiegsplan aus der Braunkohle erarbeitet und ein Klimaschutzgesetz für Sachsen (ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg) verabschiedet wird.

- Ich stimme zu (X)
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

2. Der Freistaat Sachsen setzt sich für eine Verknappung der Zertifikate im Emissionshandel ein.

- Ich stimme zu (X)
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

Energie/Klimaschutz

Theorie: Die Energie der Zukunft soll laut Bundesregierung sicher, bezahlbar und umweltfreundlich sein.

Praxis: Je niedriger der Börsenstrompreis, desto höher die EEG-Umlage.

Viele nicht im internationalen Wettbewerb stehende Industriebetriebe – darunter auch sächsische Unternehmen wie die Chemnitzer, Dresdener und Leipziger Verkehrsbetriebe, Firmen, die Geflügel schlachten oder Milchprodukte herstellen – sind von der EEG-Umlage befreit. Die für den Ausbau erneuerbarer Energien benötigten Mittel werden auf die nicht privilegierten Stromverbraucher umgelegt. Damit macht 2014 der Anteil der EEG-Umlage mit 6,24 Cent/kWh rund 20 % des Preises einer durchschnittlichen Kilowattstunde aus.

Hinzu kommt, dass der sinkende Börsenstrompreis nicht an Verbraucher weitergegeben wird. Verbraucherinnen und Verbraucher werden daher trotz Liberalisierung des Energiemarktes immer stärker finanziell belastet. Finanzschwache Haushalte sind damit bereits jetzt häufig überfordert, was sich auch in einem stetigen Ansteigen der Stromsperrern zeigt.

Positionen:

1. Die Lasten der Energiewende sind auf alle Stromabnehmer gleichmäßig zu verteilen, indem die vielen Ausnahmen bei der EEG-Umlagen-Befreiung entweder drastisch reduziert oder aus Steuermitteln bezahlt werden.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

2. Um Stromsperrern und die weitere Verschuldung von finanzschwachen Haushalten zu vermeiden, sollten Versorger verpflichtet werden, den Einsatz von so genannten Prepaidzählern anzubieten.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

Finanzdienstleistungen

Theorie: Nach Aussagen der Versicherungswirtschaft ist fast jedes Gebäude in Sachsen (98,5 %) gegen Elementarschäden (Überschwemmung, Starkregen, Erdbeben, Erdsturz, Schneedruck, Lawinen) versicherbar.

Praxis: Eine aktuelle Untersuchung der Verbraucherzentrale Sachsen (<http://www.verbraucherzentrale-sachsen.de/politik-gefordert-versicherungsschutz-gegen-naturgewalten-darf-kein-gluecksspiel-sein>) vom Herbst 2013 belegt, dass es für Verbraucherinnen und Verbraucher in den riskanten Hochwassergefährdungszonen 3 und 4 einem Glücksspiel gleicht, entweder überhaupt oder bezahlbaren Elementarschaden-Versicherungsschutz zu erhalten.

Bürger mit Wohnobjekten in den weniger gefährdeten Risikozonen 1 und 2 sind für diese existenziell wichtige Versicherung nicht ausreichend sensibilisiert. So gibt es in Sachsen eine hohe Zahl an nicht versicherten Haushalten (ca. 54 %). Nach Schäden durch Naturgewalten sind Betroffene deshalb immer wieder auf staatliche Hilfe angewiesen, die aus Steuermitteln aufgebracht wird. Das Spendenaufkommen für die Betroffenen ging in den letzten Jahren deutlich zurück.

Positionen:

1. Mit Kampagnen soll immer wieder versucht werden, die Versicherungsdichte freiwillig auf nahezu 100 % zu erhöhen. Wem kein Versicherungsschutz gewährt wird, soll im Schadenfall weiterhin staatliche Gelder in Form von Zuschüssen und Krediten erhalten.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

2. Ein flächendeckender, vollumfänglicher Versicherungsschutz gegen Naturgefahren zu bezahlbaren Prämien soll durch die Einführung einer gesetzlichen Versicherungspflicht für jeden Gebäudeeigentümer, wie es eine solche in anderen europäischen Ländern auch gibt, eingeführt werden. Der Steuerzahler soll dann zukünftig nicht mehr wie bisher für diese Schäden aufkommen.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

Finanzdienstleistungen

Theorie: Nach Meldungen der Kreditwirtschaft wollen immer mehr Kunden Online-Banking nutzen und verzichten deshalb zunehmend auf den Weg zur Bank oder Sparkasse. Deshalb können immer mehr Geschäftsstellen und Filialen von Kreditinstituten geschlossen werden.

Praxis: Tatsächlich haben bereits seit Jahren Privatbanken den ländlichen Raum verlassen. Die Sparkassen ziehen nach. So plant die Erzgebirgssparkasse 2014 mehr als 35 Geschäftsstellen und SB-Filialen zu schließen. Dagegen haben bereits rund 14.000 Menschen (Stand: Mitte Februar 2014) der Region protestiert. Sicherheitsprobleme beim Online-Banking verunsichern Kunden zunehmend. Andere Verbraucherinnen und Verbraucher, die schon zu Direktbanken gewechselt sind, beschwerten sich, dass sie von Sparkassen an der Nutzung der Geldausgabeautomaten behindert werden.



Positionen:

1. Der Zugang zu Basis-Bankdienstleistungen (Zahlungsverkehr) ist nach gegenwärtiger Rechtslage für Jedermann gewährleistet und ausreichend.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

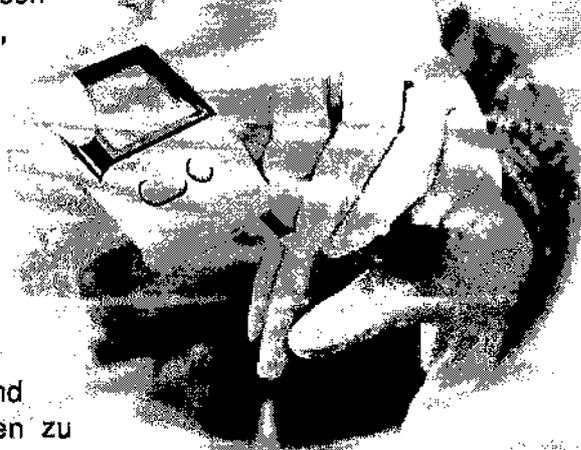
2. Ein flächendeckender Zugang zu Basis-Bankdienstleistungen – auch in Vororten, ländlichen Regionen und für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen – ist nach gegenwärtiger Rechtslage nicht gesichert. Dieser ist mittels Änderung des Sparkassengesetzes in Form der Konkretisierung des öffentlichen Versorgungsauftrages herzustellen.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

Pflege

Theorie: Die Herausforderungen des demographischen Wandels müssen in der Pflege so angemessen berücksichtigt werden, dass sie den Interessen, Bedürfnissen und der Würde der pflegebedürftigen Personen entsprechen.

Praxis: Die Zahl der auf Pflege angewiesenen Bürgerinnen und Bürger steigt. Trotz geltendem Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz sowie sächsischem Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz ist die personelle Ausstattung von Pflegeheimen zu gering, das Personal in Pflegeheimen häufig schlecht bezahlt und Transparenz sowie Qualität bei der Pflege lassen zu wünschen übrig.



Positionen:

1. In Pflegeheimen muss ein Mindeststandard an Personal gesichert werden, ggf. durch die Vorgabe eines Betreuungsschlüssels.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

2. Gute Pflege setzt qualifiziertes und motiviertes Personal voraus. Daher müssen die Pflegeberufe aufgewertet werden (Vergütung, Möglichkeit der Vollzeitätigkeit usw.).

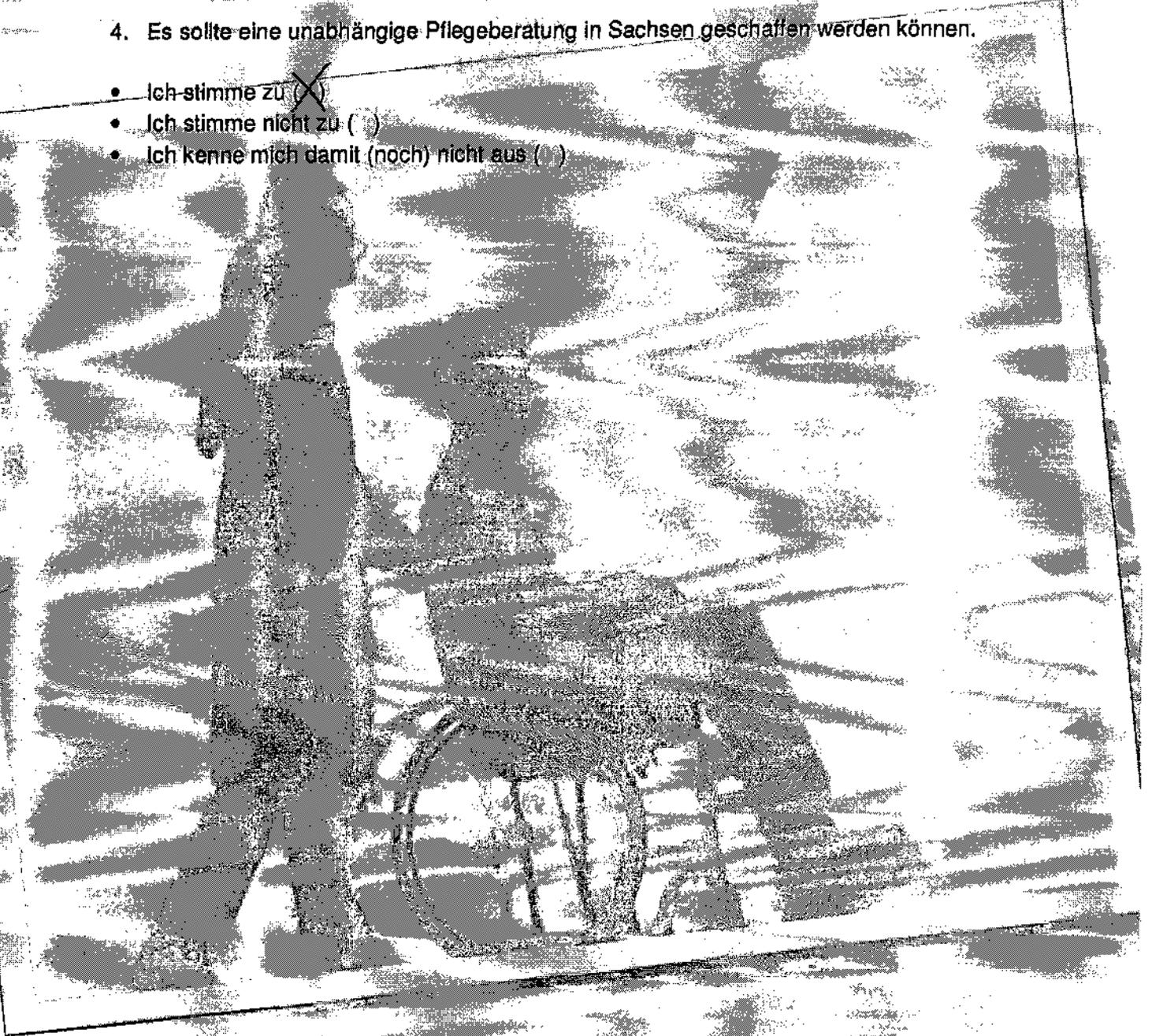
- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

3. Den Pflegebedürftigen und deren Angehörigen müssen Informationen und Beratung zur Verfügung stehen. Dabei reicht es trotz Digitalisierung nicht aus, Informationen nur im Internet unter www.pflegenetz.sachsen.de verfügbar zu machen und Beratung nur von den Kostenträgern (Pflegekassen) und den Leistungserbringern (Wohlfahrtsverbänden und anderen Anbietern) erbringen zu lassen.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

4. Es sollte eine unabhängige Pflegeberatung in Sachsen geschaffen werden können.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()



Verbraucherbildung

Theorie: Jugendliche sollen zu Verbrauchern heranwachsen, die in der globalisierten Welt mit Konsumkompetenzen in den Kernbereichen Finanzen, Versicherungen, Wirtschaft, Ernährung und Lebensmittel, Medien sowie Nachhaltigkeit und Umwelt ausgestattet sind.

Praxis: Die ökonomische Allgemeinbildung der Jugendlichen ist schlecht. Sie können grundlegende Begriffe der Marktwirtschaft nicht richtig erklären und kennen beispielsweise die Bedeutung der Inflationsrate nicht (Quelle: Konsumkompetenz von Jugendlichen, vzbv, Nov. 2010).

Das Wissen über gesundheits-relevante Aspekte der Ernährung ist auffallend gering (Quelle: Konsumkompetenz von Jugendlichen). 15 % der Kinder und Jugendlichen leiden an Übergewicht (KiGGS-Langzeit-Studie, Robert-Koch-Institut).

Computer, Internet und Smartphone werden mit großer subjektiver Kompetenz, aber geringer Sensibilität für Datenschutz und Wissenslücken über Tricks im Internet bedient (Quelle: Konsumkompetenz von Jugendlichen).

Das bekundete Interesse an nachhaltigen Verhaltensweisen steht in deutlichem Gegensatz zu beträchtlichen Wissenslücken über Umweltfragen.

Von den Jugendlichen selbst wird die Schule als Ort für eine ökonomische Allgemeinbildung, für den Wissenserwerb über einen gesundheitsfördernden Ernährungsstil und zum Umgang mit dem Internet favorisiert (Quelle: Konsumkompetenz von Jugendlichen).

Positionen:

1. Verbraucherbildung muss integraler Bestandteil von Lehrplänen und Prüfungsinhalten sein.
- Ich stimme zu
 - Ich stimme nicht zu ()
 - Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()



2. Die Verbraucherzentrale Sachsen sollte Schulen und Lehrer mit ihrer unabhängigen Expertise in den Themenbereichen unterstützen können. Dazu ist eine bessere finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale Sachsen, insbesondere des Lebensmittel- und Ernährungsprojektes erforderlich, um personelle Kapazitäten zur Verfügung stellen zu können sowie eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen, damit notwendige Honorare oder Materialkosten für die interaktiven Bildungsangebote der Verbraucherzentrale getragen werden können.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

Lebensmittel und Ernährung

Praxis: Essen und Trinken ist ein alltäglicher Bestandteil des Lebens von Kindern und Jugendlichen. Die Gemeinschaftsverpflegung entspricht häufig jedoch nicht den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) [Quelle: „was bei Kindern auf den Tisch kommt...“ Studie des SMS, 2008; „Erhebung und Analyse der Verpflegungssituation an allgemeinbildenden Schulen, SMS 2010] und kann in diesen Fällen nicht als gesundheitsförderlich bezeichnet werden. Für die Qualität der Gemeinschaftsverpflegung gibt es nur unverbindliche Standards, obwohl es in nahezu allen allgemeinbildenden Schulen und in allen Kindertagesstätten im Freistaat Sachsen Angebote der Gemeinschaftsverpflegung gibt.

Theorie: Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Länder umfasst an Schulen und in Kindertageseinrichtungen auch die Gesundheitsförderung. Kinder und Jugendliche sollen nicht nur gesundheitsfördernde Ernährung lernen sondern auch erleben.

Position:

Die DGE-Qualitätsstandards für die Verpflegung sollen verbindlich im Sächsischen Kita-Gesetz bzw. im Sächsischen Schulgesetz verankert werden.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

Lebensmittel und Ernährung

Theorie: Der Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz des Bundesrates sowie die Beschlüsse des Bundesrates 789/12 und 151/13 sehen die Notwendigkeit, die vorhandenen Instrumente zur Sicherung der Transparenz der Lebensmittelüberwachung – also Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch, Verbraucherinformationsgesetz (VIG), Hygiene-Kontrollbarometer – in einer gesetzlichen Gesamtkonzeption abzustimmen, um Verbraucher vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Lebensmittel und Täuschungen (z.B. besonders irreführende Kennzeichnungen) in einer globalisierten Welt effektiv zu schützen.

Praxis: Es gibt keine zentrale Stelle für Verbraucheranfragen nach VIG in Sachsen. Interessierte müssen selbst recherchieren und ggf. Anfragen an alle infrage kommenden Behörden stellen. Hinsichtlich der verpflichtenden namentlichen Veröffentlichung der Unternehmen beispielsweise bei Hygieneverstößen nach LFGB wurden erhebliche

verfassungsrechtliche Bedenken geäußert, so dass die Veröffentlichung in vielen Ländern – darunter auch in Sachsen – ausgesetzt wurde.

Position:

Die Länder müssen gemeinsam mit dem Bund zeitnah für eine verfassungskonforme Novellierung der Regelungen sorgen.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

Lebensmittel und Ernährung

Theorie: Eine funktionierende Lebensmittelüberwachung ist eine grundlegende Voraussetzung; um das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Verbraucher zu gewährleisten.

Praxis: Das Gutachten des Bundesrechnungshofes zur Organisation der Lebensmittelkontrolle in Deutschland (Oktober 2011) stellte fest, dass die Trennung des Vollzuges der Lebens- und Futtermittelkontrolle ineffektiv ist und die bestehenden Strukturen der Lebensmittelüberwachung auf Grund des zunehmenden globalen Handels an ihre Grenzen stoßen. Seitdem hat sich an diesen Strukturen nichts geändert.

Positionen:

1. Die Kontrollstruktur sollte so geändert werden, dass ein gemeinsamer Vollzug von Lebens- und Futtermittelkontrolle gewährleistet wird.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

2. Die reguläre Lebensmittelüberwachung muss neu ausgerichtet werden. So sollten zur Entlastung der Kommunen zusätzlich überregionale Teams eingesetzt werden, um eine risikoadäquate Kontrollstruktur zu fördern.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

Mobilität

Schieneverkehr - Kundengerechte Verkehrsangebote

Theorie: Der Ausbau des Schienenverkehrs und eine damit einhergehende Erhöhung der Attraktivität der Angebote für Verbraucherinnen und Verbraucher können einen wesentlichen Beitrag für eine bezahlbare und klimaschonende Mobilität leisten. Für eine – auch kosteneffiziente – Planung von Angeboten ist die Beteiligung der Kunden, die die Angebote letztlich in Anspruch nehmen, ebenso notwendig, wie planerische und konzeptionelle Analysen.



Die Regionalisierungsmittel, die der Bund den Bundesländern jährlich zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zur Verfügung stellt, müssen zielgerichtet, effizient und vollständig für diesen Zweck eingesetzt werden.



Praxis: Linien und Strecken im Nahverkehr werden gestrichen. Die Kosten für Bus und Bahn steigen regelmäßig und für viele betroffene Verbraucher überproportional. Damit werden umweltfreundliche Verkehrsmittel eindeutig geschwächt. Die Regionalisierungsmittel werden nicht in voller Höhe (2012: 74 %; Quelle Medienservice Sachsen.de) für den vorgesehenen Zweck an den Regionalverkehr weitergereicht.

Positionen:

1. Die vom Bund dem Freistaat Sachsen zur Verfügung gestellten Regionalisierungsmittel müssen vollständig in die Schaffung, Erhaltung und die Ausweitung von klimafreundlicher Mobilität im Regionalverkehr fließen.
 - Ich stimme zu
 - Ich stimme nicht zu ()
 - Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

2. Vor dem Hintergrund eines sich voraussichtlich verändernden Verteilungsschlüssels müssen die Regionalisierungsmittel so effizient wie nur möglich von den Verkehrsverbänden verwendet werden. Dabei sollte auch die Zahl der insgesamt fünf Verkehrsverbände im Freistaat Sachsen auf den Prüfstand gestellt werden.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

Finanzierung des Verbraucherschutzes

Praxis:

DEN (mündigen) VERBRAUCHER gibt es nicht. Verbraucherinnen und Verbraucher unterteilen sich vielmehr in verletzte, vertrauende und/oder verantwortungsvolle Verbraucher (Quelle: Wissenschaftlicher Beirat Verbraucher- und Ernährungspolitik beim ehemaligen BMELV, Dezember 2010).

Die Probleme in den einzelnen Märkten sind teils aufgrund kreativer wirtschaftlicher Betätigung und teils aufgrund unzureichender gesetzlicher Regelungen differenzierter und häufig intransparenter geworden.

Gleichzeitig hat eine im Auftrag der Verbraucherzentralen durchgeführte Nichtnutzeranalyse durch TNS Emnid (Oktober 2013) ergeben, dass der Unterschied zwischen Verbraucherzentralen-Angebots-Nutzern und -Nichtnutzern darin besteht, dass sich Nichtnutzer viel seltener mit Problemen auseinandersetzen, obwohl auch sie Probleme haben. So gaben 38 % der Befragten an, schon einmal Probleme mit Telekommunikationsanbietern gehabt zu haben, jeweils 29 % mit Versicherungen sowie Energieverbrauch und -kosten und jeweils knapp über 20 % auch mit Gewährleistungs- und Garantiefragen sowie mit Geldanlagen und Altersvorsorge.

Für Beratungen und Informationen zu verschiedenen Problemfeldern haben sich 124.045 Sachsen im Jahr 2013 an die Verbraucherzentrale Sachsen gewandt. Ein erheblicher Teil davon an die persönliche Beratung, die in den Beratungseinrichtungen der Verbraucherzentrale Sachsen stattfindet.

Theorie: Zwei Drittel der befragten Nichtnutzer halten es trotz Hinweis auf diverse alternative Kommunikationsmöglichkeiten für wichtig, dass es eine Beratungseinrichtung in erreichbarer Nähe gibt.

Überwiegend wird erreichbare Nähe mit einer Entfernung von einer halben Stunde angegeben. Die ist nicht in jedem Fall gegeben.

Die Verbraucher sehen eine zügige Bearbeitung, geringe Kosten und eine Dialogmöglichkeit neben unabhängiger Beratung als wichtigste Kriterien für eine Beratung an. Dazu bedarf es einer ausreichenden personellen und finanziellen Ausstattung. Die Individualberatung hat zudem die Aufgabe einer Sensorfunktion zur Erkennung von Verbraucherproblemen.



Positionen:

1. Die Verbraucherzentrale Sachsen muss durch ausreichende finanzielle Unterstützung seitens des Freistaates in Zukunft noch besser in die Lage versetzt werden, ein stationäres, gut erreichbares und vielfältiges Beratungsangebot in sächsischen Kommunen anbieten und administrieren zu können.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()

2. Um eine nachhaltige Wirkung der Tätigkeit der Verbraucherzentrale Sachsen zu entfalten und zu verstetigen, sollte die finanzielle Förderung langfristig, d. h. auch über die Periode eines Doppelhaushaltes hinaus, planbar sein.

- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu ()
- Ich kenne mich damit (noch) nicht aus ()